

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenutzer 1, Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank O. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4789. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 8. bis 14. August und 15. bis 21. August ist der 32. und 33. Wochenbeitrag fällig.

Änderungen in den Gauverwaltungen Breslau und Königsberg.

Für den bisherigen Gauleiter in Breslau, Koll. Martin, ist der Kollege Kietz aus dem Gau Hamburg gewählt. Er hat seine Stellung am 1. Juli angetreten.

Für den bisherigen Gauleiter in Königsberg, Koll. Käbler, der seine Stellung schon Dezember 1925 kündigte, ist Kollege K. Mann, bisher Elberfeld, gewählt. Er hat seine Stellung am 24. Juli angetreten.

Die Adressen beider Gauverwaltungen wie auch die Postcheckkonten erfahren keine Änderung.

Die Bedeutung der Gärtner für die Volkswirtschaft.

Vortrag, gehalten auf dem Gärtnerstage in Dresden am 11. Juli 1926, von Regierungsrat Otto Albrecht.

Das mir heute aufgegebenes Thema läßt sich, wenn es großzügig behandelt werden soll, nicht in den üblichen engen Rahmen zwängen. Wohl wird die Berufsgärtnerei auch in meinem Vortrage den Mittelpunkt der Ausführungen bilden. Darüber hinaus jedoch erscheint es geboten, den Blick über das Gesamtgebiet des Gartenbaues schweifen zu lassen, das wiederum im Rahmen der Gesamtvolkswirtschaft, sogar der Weltwirtschaft zu würdigen ist. Nur, wenn wir die innigen Beziehungen der Berufsgärtnerei mit dem Gesamtgartenbau und mit der Gesamtvolkswirtschaft uns vergegenwärtigen, können wir einigermaßen abschätzen, welche volkswirtschaftliche Bedeutung der Berufsgärtnerei zukommt. Bisher konnten wir in der deutschen Volkswirtschaft eine sich immer mehr fortsetzende Steigerung der berufsgärtnerischen Produktion feststellen. Darüber geben die Zahlen aus den amtlichen Betriebs- und Betriebszählungen hinreichend Aufschluß.

In neuerer Zeit aber sind wiederholt Stimmen laut geworden, die sich dahin aussprechen, daß die nächstkünftige Entwicklung für die deutsche Berufsgärtnerei Stillstand und Rücklauf sein werde. Zwei Umstände führt man dafür ins Feld. Der eine verweist auf die wieder in Fluß gekommene Auslandszufuhr von Gärtnereierzeugnissen. Eine ganz besonders große Bedrohung sieht man noch darin, daß sich, immer deutlicher werdend, vor unsern geistigen Augen schon ein europäischer Zollverein zu entwickeln beginnt, dessen Einrichtung, gipfelnd in den Vereinigten Staaten von Europa, es mit sich bringen würde, daß klimatisch besser begünstigte Erdstriche durch den mitbedingten Freihandel wichtige deutsche Gartenbauproduktionszweige lahmlegen könnten. Der andere Umstand wird durch die sich ausbreitende Kleingartenbewegung gekennzeichnet.

Vorausgeschickt sei noch: kein Beruf und kein Berufsstand hat einen gesellschaftlichen und staatsbürgerlichen Anspruch darauf, um seiner selbst willen etwa öffentlichen Schutz gegen Verringerung seines Tätigkeitsgebietes zu beanspruchen. Kann die Volkswirtschaft gewisse Bedürfnisse wohlfeiler befriedigen als die bisherigen Berufsmenschen das im freien Wettbewerb vermögen, dann haben diese sich damit abzufinden, indem sie sich einer anderen Berufs- und Erwerbstätigkeit zuwenden. Die Kriegs- und die Nachkriegszeit hat Millionen von deutschen Volksgenossen gezwungen, sich solchen Umschichtungen anzusetzen. Derartige Umschichtungen werden sich ausnehmend aber noch ziemlich lange Zeit notwendig machen. Wir müssen uns nämlich darüber klar sein, daß die wirtschaftlich-technische Revolution sich immer noch nur erst in ihren Anfängen befindet. Es ist ein

natürliches und staatsbürgerliches Recht, daß jeder gegen die Folgen solcher Umschichtungen, gegen heraufziehende oder gegen vermeintlich heraufziehende Not und drohenden Untergang sich wehrt. Eine solche Gegenwehr vollzieht sich nun in gärtnerischen Berufskreisen einmal in den erneuten und verstärkten Rufen nach Schutzzöllen und zum andern in dem etwas weniger laut und mehr verdeckt geführten Kampf gegen die sogenannten Kleingärtner, die auf deutschem Boden und in denselben Orten, die die Berufsgärtner gewissermaßen als ihren Monopolsatzmarkt betrachten, eine Familien-Selbstversorgung mit Gartenerzeugnissen mannigfacher Art betreiben.

Wie haben wir als deutsche Staatsbürger und als Zugehörige der deutschen Volkswirtschaft nun die Frage des Auslandswettbewerbs zu betrachten? Zunächst sei festgestellt, daß dieser Wettbewerb sich durchaus nicht auf alle Zweige der Gärtnerei erstreckt und daß selbst die betroffenen Zweige nur saisonmäßig davon erfaßt werden, gewöhnlich in den Zeiten, in denen die betreffenden Erzeugnisse in Deutschland noch nicht im Freie gedeihen, vielmehr durch Glaskasten- und Glashauskultur mit erhöhten Produktionskosten hergestellt werden müssen. In Frage kommen Gemüse-, Obst- und Blumenerzeugnisse besonders aus Italien, Südfrankreich und Holland. Diese Einfuhr kann aber auf die Dauer nicht unterbunden werden, weil sie einmal schon im Austausch mit deutschen Industrieerzeugnissen entgegengenommen werden muß; dann aber auch darum nicht, weil das deutsche Volk diese Gartenbauerzeugnisse ihrer Billigkeit wegen benötigt. Die deutschen Berufsgärtner müssen sich hiergegen in der für sie besten Weise abfinden. Das kann zum Teil geschehen durch solche verbesserten Produktionsmethoden, die eine erfolgreiche deutsche Konkurrenz möglich machen. Zum anderen Teil allerdings wird nichts anderes übrigbleiben, als eine zu teure Frühanzucht aufzugeben bzw. sie gar nicht erst einzuführen. Die Produktionstechnik erlaubt noch weitgehende Verbesserungen, sie erlaubt auch eine weitere Verbilligung der Produktion besonders im Freilandanbau und damit eine Steigerung in Masse und Güte.

Der oft gemachte Hinweis: „Wenn wir mit unserer Frühanzucht- und auch mit anderer Ware auf den Markt kommen, dann hat das Publikum in diesen Erzeugnissen seinen Appetit bereits mit Auslandsware gestillt und unsere Ware bleibt daher größtenteils unverkäuflich“, ist nur sehr bedingt zutreffend. Tatsache ist vielmehr, daß der Bedarf an Gemüse und an Obst, aber auch an Blumen sich fortgesetzt gesteigert hat, und noch weiterer großer Steigerungen fähig ist. Die Ernährungswissenschaft hat längst übereinstimmend und schlüssig nachgewiesen, daß die gesündeste Ernährungsweise durch reichlichen Genuß von Gemüse und besonders Obst erreicht wird. Es muß auch ausgesprochen werden, daß es erst die billigen Südfrüchte gewesen sind, die auch zu gesteigertem Verbrauch deutschen Obstes wirksame Anregung gegeben haben. Der größere Gemüseverbrauch wiederum steht in Abhängigkeit von dem Fortschreiten der Kenntnis einer schmackhaften Zubereitung. Und diese Kenntnis schreitet umso mehr fort, je mehr Gemüse auf den Markt kommt und je billiger es angeboten wird. Greifen wir als Beispiel die Tomate heraus. Vor 30 Jahren in Nord- und Mitteldeutschland als Gemüse fast noch unbekannt, wurde sie hier zunächst als Delikatesse für den Tisch der Wohlhabenden eingeführt, während der Geschmack der großen Volksmasse sie noch ablehnte. Mit allerhand Zubereitungsarten setzte diese Gemüserucht sich aber durch, und heute dient sie einem Massenverbrauch, der vielen Gärtnereien Gewinn bringt.

In meinem Kindesalter galt der Obstverbrauch noch als ein Luxus. Man bekam nur ausnahmsweise mal Obstfrüchte „zum Naschen“. Heute dagegen ist auch das Obst Volksnahrungsmittel. Mit dem Verbrauch von Blumen steht es ähnlich. Ähnlich ist es auch bestellt mit der Herstellung und Pflege schöner Gartenanlagen, mögen diese öffentlicher, halböffentlicher oder privater Art sein.

Krieg und Nachkriegszeit haben gewiß eine bemerkenswerte Unterbrechung in letzterer Hinsicht hervorgerufen, aber nur eine Unterbrechung. Schon jetzt sehen wir das allgemeine Bild sich bedeutend ändern.

Ein kurzes Wort noch über den Obstverbrauch. In deutschen Züchterkreisen wird viel darüber gezetert, daß das deutsche Publikum eine große Vorliebe für ausländische Früchte habe. An dieser Vorliebe ist in der Tat etwas Wahres. Gilt sie aber dem Ausland? Oder welchem Umstande gilt sie sonst? Sie gilt, wie jeder Kenner zugeben muß, ausschließlich der Wohlfeilheit und der ansprechenden Aufmachung im Angebot. Hierzu ein Eigenerlebnis. Ende November 1924 wurde den Beamten und Angestellten des Preuß. Landwirtschaftsministeriums durch ein Umlaufzirkular das Angebot gemacht, gute deutsche Äpfel in Korb- und Kistenpackungen zu 20, 30, 50 und 100 Pfd. kaufen. Hierbei wurde angegeben, diese stammten von einem renommiertem Obstgut. Ich bestellte zwei Sorten Renetten erstklassiger Tafelqualität und erhielt eine sogenannte Einheitskiste, deren obere Schicht war aber schon nicht ganz erstklassig. Die zweite löste meine helle Empörung aus, denn sie war ein wahrhaftes Durcheinander. Meine Amtskollegen wurden ähnlich bedient. Infolge dieses Reinfalls erklärten die Belieferten: einmal und nicht wieder. Da wollen wir lieber für den schönen, durchaus gleichmäßig sortierten amerikanischen Apfel „Goliath“ im Laden oder im Straßenhandel das Doppelte bezahlen. Die Gesamtlieferung stammte von einem Obstbauverein in Mitteldeutschland, der unter Verantwortung eines diplomierten Obstbauinspektors die Sortierung und Verpackung hatte vornehmen lassen. Auch Herr Dr. Ebert von der Landwirtschaftskammer Brandenburg schrieb einmal warnend: „Die Einheitskiste allein tut's nicht!“

Es muß gesagt werden, daß deutsche Obst ist dem Auslandswettbewerb gegenüber nur dadurch im Hintertreffen, weil die Züchter in der Sortenwahl, bei der Schädlingsbekämpfung und in der Sortierung immer noch nicht die erforderliche Sorgfalt obwalten lassen, und weil sie beim Vertrieb in kleinem Krämergeis mus die Käufer oftmals noch zu täuschen bestrebt sind. In dem Maße, wie hier Besserungen eintreten, wird die deutsche Ware auch willigere Käufer finden.

Ebenso wie die Produzenten nicht aus nationalwirtschaftlichen Regungen, sondern aus persönlichem Eigennutz produzieren und ihre Produkte abzusetzen bestrebt sind, wählen auch die Verbraucher in erster Linie aus Eigennutz. Daran ändern die stärksten Appelle an das Nationalbewußtsein nichts, die in der Regel als schlechte Geschäftsreklame richtig gewertet werden.

Man muß sich also klar sein: helfen kann der deutschen Produktion nur absolute Solidität, Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt und unausgesetztes Bestreben, die Erzeugnisse so billig wie nur möglich herzustellen und abzugeben. Schutzzölle sind keine Mittel, mit denen Dauerhilfe erwartet werden kann. In der „Illustrierten Landw.-Ztg.“ vom 18. Juni d. J. entwickelt der Direktor der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein, Dr. Asmis, in einem Aufsatz über Qualitätsleistungen der Landwirtschaft durchaus ähnliche Gedanken:

„Will die deutsche Landwirtschaft auf dem Weltmarkte mit den Erzeugnissen anderer Länder konkurrieren können, so muß sie lernen, besser, billiger und einheitlicher zu produzieren als bisher. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, etwa im sicheren Schutz einer genügend hohen Zollmauer nur für den inländischen Bedarf zu erzeugen. Die Landwirtschaft muß vielmehr anstreben, auch auf dem allgemeinen Weltmarkte mit ihren Erzeugnissen bestehen zu können... Wenn wir ehrlich gegen uns selbst sind, so müssen wir zugeben, daß ebenso wie die deutsche Industrie auch die deutsche Landwirtschaft durch Kriegs- und Revolutionsjahre in der Organisation und Technik ihrer Erzeugung zurückgeblieben ist. Die Landwirtschaft muß sich daran gewöhnen, aus ihrem Rassen- und Sortenwarr hervorzukommen und einheitliche Weltmarktware von höchster Qualität und in bester Aufmachung an den Markt zu bringen... Höchste Qualitätsleistung, das soll man nicht verkennen, bedeutet unabhängig von allen wirtschaftspolitischen Wandlungen einen ganz besonders wirksamen Schutz gegen Auslandskonkurrenz!“

Sinngemäß gilt das alles auch für die Gärtnerei in allen ihren Betriebsarten.

Und nur einige Worte über die Konkurrenz des Laiengartenbauers. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß in unseren Laubenkolonien und Schrebergärten große Massen von Gemüse aller Art und auch viel Obst gezüchtet wird. Das hier erstrebte und an sich sogar erstrebenswerte Ziel einer vollen Selbstversorgung der beteiligten Familien wird aber nur in seltenen Fällen erreicht. Was dagegen in allen Fällen eintritt, das ist erheblich gesteigerter Verbrauch von Gartenerzeugnissen und ein gewaltiger Gewinn an Volksgesundheit, Volksmoral und an volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit all derjenigen, die sich einer solchen Gartentätigkeit widmen. Es ist festgestellt, daß in vielen Gegenden erst die Kleingärtner das größere Verlangen nach Gartenfrüchten bei der Bevölkerung angeregt haben, so daß sich dann für die keinen Garten besitzende Einwohnerschaft Berufsgärtner einschalten konnten. Ohnedies benötigen gerade die Kleingärtner Unmen-

gen von Sämereien, von Gemüse- und Blumenpflanzen, Stauden, Sträuchern und Obstbäumen, so daß hier für diese Berufsgärtner ein neuer und vergrößerter Absatzmarkt entstanden ist. Wo die Kleingärten zu Eigenheimsiedlungen gehören, bekommt außerdem noch der berufsmäßige Gartengestalter und Landschaftsgärtner neue Arbeitsgelegenheit, und zwar zunächst bei Herstellung der Anlagen selbst, dann aber auch bei der Pflege solcher Gärten. Denn alle Gartenarbeiten vermögen die meisten Laien doch nicht zu leisten.

Lange Zeit ist vergangen, in der die Volksmasse vom Garten getrennt war. Solange unser Deutschland noch ein reiner Agrarstaat war, verfügte jeder Landbewohner über seinen Hausgarten, und auch der Stadtbürger erfreute sich dieses Besitzes. Als dann aber die industriestaatliche Entwicklung das Großstadtwesen schuf, wurde es anders. Im großen ganzen ist der Volksmasse in dieser Zeit das Recht auf Gartengenuss versagt geblieben.

Wer die Zeichen der Zeit richtig zu deuten versteht, der kann sich keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß wir vor den offenen Toren eines sich erschließenden neuen Gartenbauzeitalters stehen. Eines Zeitalters, in dem einerseits das Gesamtvolk Gelegenheit nimmt und Gelegenheit erhalten wird, selbst Gartenbau zu treiben und durch Eigentätigkeit Gartenfreude zu genießen. In dem aber auch die Berufsgärtner noch wachsende Gelegenheit finden werden, ihr Fachwissen und Fachkönnen zur Geltung zu bringen. In letzter Hinsicht braucht bloß auf die neuzeitlichen Städtebaubestrebungen hingewiesen werden, die dahin gehen, aus volksgesundheitlichen Gründen die Städte durch ein systematisches Netz von Grünanlagen aufzulockern und auch aus den wenig gefälligen nüchternen Gräberfeldern unserer Kirchhöfe wahrhafte Friedhöfe zu entwickeln, die mit ihrem stimmungsvollen Waldparkcharakter als heilige Haine zu innerer Betrachtung, zu wehevollen Gedanken einladen.

Die neue Zeit braucht neue Erkenntnisse. Eins der notwendigsten Erkenntnisse ist aber, die Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, die niedergelegt sind in dem Artikel 155 der neuen Reichsverfassung, wo es heißt:

„Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte zu sichern... Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft.“

Ohne ein neues, soziales Bodenrecht im Sinne dieser Proklamation auch kein neues Gartenbauzeitalter. Denn die erfolgreiche Gartenbaupflege ist ganz besonders davon abhängig, daß der Boden gegen ausbeuterische Spekulation geschützt und den Volksmassen leicht und in genügendem Umfange zugänglich gemacht wird.

Offene Augen, hellhörige Ohren, allgemeine Aufnahmewilligkeit sind Voraussetzungen, um den Zeitforderungen gewachsen zu sein. Es liegt kein Grund vor, der Zukunft mit Stirnrunzeln oder gar mit Bedrücktheit entgegenzublicken. Gartenbau und Gärtnerei sind notwendige und treibende Glieder in der deutschen Volkswirtschaft, sind Elemente, deren Gedeihen das ganze Volk wünschen muß. In erster Reihe sind es aber die Berufsgärtner selbst, die zu ihrer Geltendmachung berufen sind. Dazu gehört — das wollen wir zum Schlusse noch besonders unterstreichen —, daß die große Masse der gärtnerischen Arbeitnehmer endlich aus ihrer reinen Lohnempfängerstellung herauswächst, daß sie in entsprechenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte wirken kann, wie ihnen das der Artikel 163 der Reichsverfassung versprochen hat.

Das neue Staatswesen, das in der Gestalt der demokratischen Republik aus den Trümmern des zusammengebrochenen alten Obrigkeitsstaates sich emporringt, hat auch das Arbeitervolk zum rechtlichen Vollbürger erhoben. Mögen wir heute noch im tiefen Elend stecken, in das der unheilvolle Weltkrieg uns hineingetrieben hat, — wir wissen, daß die Zukunft heller sein wird. Denn diese Zukunft wird das werktätige Volk sich selbst gestalten, mit eigener Kraft und aus dem Vollbewußtsein der Selbstverantwortung heraus. Unsere Wege gehen vorwärts, unsere Ziele zeigen aufwärts. Vorwärts und aufwärts führt im Staatsleben und in der Wirtschaft aber nur die Kraft der Organisation. Auch der Gärtner und Gärtnereiarbeiter werden sich dessen bewußt sein und um so nachhaltiger mitwirken, die Bedeutung der Gärtnerei so zur Geltung zu bringen, wie die Gesamtwirtschaft solches bedingt.

Dresdener Nachklänge.

I.

Julisonne spannt sich über das Land, das, noch safttrotzend von letzten Gewittern und Regenfällen, in sonnenlichtsaugendem Grün und schwellender Frucht, Ernte verheißend, zukunftsfröh dem Wanderer entgegenlacht.

Breit und stark strömend vom sommerlichen Hochwasser zieht der mächtige Elbstrom gen Norden. Nahe seiner Mündung, so nahe, daß Ebbe und Flut ihn um Meterhöhe steigen und fallen lassen, am vielfach zerteilten und durch Bollwerke eingezwungenen Strom, liegt eine mächtige Stadt. Hier gedenke ich euer, ihr Dresdener Kollegen, die ihr uns geladen hattet, eure am gleichen Strome gelegene schöne Stadt kennen zu lernen, alles, was sie an geistigen Schätzen birgt, uns zu eigen zu machen, soweit Zeit und Aufnahmevermögen uns dieses gestatteten.

Hinter uns liegt nun diese Zeit: rückschauend verweilt heute der Blick bei den Erinnerungsbildern dieser Tage. Aus all ihrem Schönen und Eindrucksvollen ragen einige besonders markante Stellen, Höhepunkte, empor. Dieses zwanglose, gruppenweise Aufsuchen der einzelnen Besonderheiten eurer Stadt, umgeben vom göldigsten sommerlichen Sonnenschein — im landschaftlich reizvollen Elbetal —, festlich angeregt, mit fremden, nie gekannten Menschen Gespräche wechselnd, über Fachliches und Berufliches, Natur und Kunst. Oder im großen Konzertsaal des Ausstellungspalastes der Festakt der Tagung mit seiner erhebenden Begeisterung. Und am nächsten Tag die herrliche Dampferfahrt (leider für viele Teilnehmer schon der Abschluß der Veranstaltungen) in die Sächsische Schweiz. Aufstieg — weit schweift der Blick ins Land hinein, über Täler und Höhen, Gebirge und schroffe Felsen. Dann der langsame Abstieg und wieder zurück auf dem abendlich dunklen Flusse. Vom einsam den Strom hinabgleitenden Dampfer sehen wir die himmelauftragenden Felswände und Grotten im Widerschein der roten Leuchtfeuer in immer seltsameren bizarren Formen wieder und wieder erstrahlen.

Welches dieser Erlebnisse war schöner, erlebenswerter als das andere? — Das Schönste und Größte der Dresdener Tage war nicht das, was uns handgreiflich unsere Sinne wahrnehmen ließen; das Großartigste war, daß wir die Dresdener Tage erlebten als Höhepunkte der deutschen Gärtnerbewegung. Nicht zufällig zusammenkommende, die Ausstellung und andere Schenswürdigkeiten besichtigende Fremde waren wir, sondern unsere Organisation hatte uns gerufen, Kollegen waren wir uns. Als ein unsichtbares, brüderlich uns vereinendes Band umschlang uns dieses Bewußtsein, das neuen und stärkeren Ausdruck unserem einheitlichen Willen zum Ziele in den Forderungen unserer Organisation gab. Die Lage aller der Berufsangehörigen, die guten Willens sind, zu heben und zu bessern, damit dem Wohle der Gesamtheit einem großen Ziele dienend, vorwärts und aufwärts, — das war das Große, das Beglückende unserer Tagung. Das prägte sich jedem Teilnehmer ein. Möge es eindrucksvoll, unverwischbar geschehen sein, und mögen die, die nicht dabei sein konnten, nachwirkend von diesem Geiste erfüllt werden.

Haaker, Hamburg.

H.

Schön waren die Tage in Dresden, dem muß ich zustimmen; doch daß man bei ihrem Ende keine melancholischen Anwandlungen hatte, das muß ich für meine Person und eine ganze Anzahl Leidensgenossen bestreiten. Die schönen Tage waren für mich und viele andere leider viel zu früh zu Ende. Nicht, daß es an der Zeit gefehlt hätte. Der Urlaub der meisten, die am Dienstag oder gar am Montag schon abbauen mußten, war noch nicht zu Ende, wohl aber das leidige Geld. Als wir am Dienstag abend am Dresdener Hauptbahnhof standen, ging's wie ein Stoßseufzer durch unsere Reihen: Ein Glück, daß — wir schon im voraus die Rückfahrt bezahlt hatten.

Aber das soll mir eine Lehre sein. Schon habe ich mir eine Reisesparkarte unseres Verbandes zugelegt, und von der nächsten Lohnzahlung ab soll neben dem Wochenbeitrag auch regelmäßig mindestens eine Sparmark entnommen werden. Ich gestehe freimütig ein, daß ich die Einrichtung einer Reisesparkasse durch unseren Verband erst jetzt voll und ganz zu würdigen gelernt habe. Aber ich möchte nun auch hoffen und wünschen, daß uns auch im nächsten Jahre durch unseren Verband eine ähnliche Gelegenheit gegeben wird, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, im Kreise gleichgesinnter Weggenossen Schönes zu schauen, Nützliches zu hören, Erhebendes zu empfinden. Denn so lehrt es uns Nietzsche:

„In die Höhe will es sich bauen mit Pfeilern und Stufen das Leben selber,
in weite Fernen will es blicken und hinaus nach seligen Schönheiten, —
darum braucht es Höhe! Und weil es Höhe braucht, braucht es Stufen und Widerspruch der Steigenden!
Steigen will das Leben und steigend sich überwinden.“

Wer erst den Wert solcher bildenden Reisen in die weite Welt, mit ihren Naturschönheiten, solcher Besichtigungen hervorragender Betriebe, Schatzsammlungen und Lehrstätten erkannt hat, wird um so fester und tiefer auch durchdrungen sein von dem tief ethischen und sittlichen Gehalt unserer Bestrebungen, die dem oberflächlich Urteilenden gar oft nur als der Ausdruck materieller Forderungen erscheinen. Solche Erkenntnis aber ist der feste Granit, an dem der Widerstand unserer Gegner zerschellt.

Alberti.

Eine Junggärtnertagung in Friesdorf.

Man wundert sich schon über garnichts mehr; deshalb nahmen wir auch von der etwas seltsamen Einberufung einer Junggärtner-tagung durch eine gärtnerische Versuchsanstalt und Schule, und zwar die in Friesdorf, lediglich Kenntnis. Und es war gut, daß wir der Sache weiter keine Bedeutung beimäßen. Sie klärt sich nämlich ganz harmlos auf. Diese Friesdorfer Schule ist, wie Herr Garteninspektor Löbner-Bonn auf dieser Tagung besonders unterstrich, vom „Reichsverband des deutschen Gartenbaues“ ins Leben gerufen und wird noch heute von ihm finanziell unterstützt. Da ist es denn wirklich kein Wunder, wenn diese Schule wiederum sich ganz in den Dienst des Reichsverbandes stellt und dessen Junggärtnerbewegung neues Leben einzuflößen sich bemüht.

In dieser zum 18. Juli nach Friesdorf einberufenen Tagung der jungen und „sich jung fühlenden“ Gärtner hielt Herr Löbner einen Vortrag über „Lehrlings- und Obergärtnerprüfungen“. Zunächst drückte er sein schmerzliches Bedauern darüber aus, daß die Junggärtnerbewegung im vorigen Jahre einen argen Riß erhielt, der sich bis heute noch nicht zukleistern ließ. Er bekämpfte die Trennung der Junggärtner oder Gärtneröhne von den Fachgärtnern oder Nichtgärtneröhnen. Dann teilte er mit, daß es nur der Landwirtschaftskammer und dem Landesverband Rheinland des R. d. d. G. zu danken sei, daß die diesjährige Tagung zustande kam. Dann zur Sache selbst bemerkte er, daß in Zukunft Lehrlinge nur noch in anerkannten Lehrbetrieben ausgebildet würden. (?) Sodann malte er den jungen Kollegen Zukunftsbilder, indem er behauptete, daß es einem jeden möglich sei, selbstständig zu werden, und forderte, daß sich das ein jeder der Anwesenden zum Ziele setzen sollte. Bemerkenswert waren noch seine Ausführungen über den Zweimonatskursus an der Versuchsanstalt Friesdorf. Hierzu teilte er mit, daß bei der Aufnahme in erster Linie Gärtneröhne berücksichtigt würden. Daß damit der natürliche Gegensatz zwischen Unternehmersöhnen und gewöhnlichen Gehilfen von ihm selbst aufs beste bestätigt wurde, ist Herrn Löbner dabei anscheinend garnicht zum Bewußtsein gekommen. Mit einer Aufforderung an die jungen Kollegen, zu wandern und die Arbeitsstellen möglichst oft zu wechseln, schloß er seine Ausführungen. Der zweite Redner, Herr Böhm-Oberkassel, spann das Garn bzgl. des Wanderns weiter. In malerischen Farben schilderte er das Leben eines Gärtners während seiner Wanderjahre, ohne jedoch zu sagen, daß derjenige, der von zu Hause nichts zuzusetzen hat, meistens sehr kümmerlich sein Dasein fristen muß. Obergärtner Keller von der Friesdorfer Versuchsanstalt erklärte die Einrichtungen derselben. Nach ihm hatte Garteninspektor Wiesemann noch einige Worte an seine „jungen Kollegen“ zu richten. Auch er empfiehlt die „gärtnerischen Wanderjahre“ und die Fachvereine. Seine Ausführungen gipfelten in dem Rat an die wandernden Junggärtner, nie nach hohen Löhnen zu fragen. Früher sei man mit 45 M. monatlich ganz gut ausgekommen, und auch heute sei es noch möglich, wenn man nur ein „fröhliches Herz“ habe. (Wir empfehlen der vorgesetzten Behörde des Herrn W., diesen in die Gehaltsgruppe 4 zu versetzen. Die Schriftlfg.) Auch warnte er vor „politischer Verhetzung“. Noch einige solche Tagungen, und unsere Junggärtner wissen Bescheid, was sie von solchen Sirenenklängen und der ganzen famosen „Junggärtnerbewegung“ zu halten haben.

Mann.

Die freigewerkschaftliche Jugend in Düsseldorf.

Am 10. und 11. Juli tagte in Düsseldorf der Gewerkschaftsjugendtag für Rheinland-Westfalen-Lippe, an dem auch unser Jungvolk der Gaue Köln, Düsseldorf und Essen teilnahm. Die zu gleicher Zeit dort tagenden Verbandsvorstände des ADGB begrüßten die Jugend in einem Aufruf, in dem es zum Schluß heißt:

„Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation beseelte. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden.“

An euch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuß, an euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von den Vätern errungenen Besitzes:

Seid euch der großen, durch eine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und den Opfersinn von Millionen Arbeitern geheiligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung eurem Geist, eurem Willen anvertraut ist. Behauptet euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz. Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft.

Dann kann und muß euch, den Jungen, die ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs be-

ginnen. Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und eurer besonnenen Pflege anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet."

In einer Kundgebung auf der Gesolei im Kuppelsaal des Planetariums sprachen auch Vertreter des ADGB. vor den Jugendlichen. Mit einem erhebenden Ausklang schloß Kollege Tarnow seine Rede, indem er fragte:

„Junge Kameraden, seid ihr gewillt und bereit, in brüderlicher Kameradschaft mit euren organisierten Arbeitsgenossen in unverbrüchlicher Treue zur gewerkschaftlichen Organisation an unserem großen Werk mitzuarbeiten?“ Die Antwort war ein tausendstimmiges Ja. Darauf forderte Koll. Tarnow die Jugend auf, dieses Bekenntnis durch ein gemeinsames und lautgesprochenes Gelöbnis zu bekräftigen. Es war ein ergreifender, feierlicher Augenblick, als die Jugend leuchtenden Blickes die Worte nachsprach: „Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung, daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und gleichen Ziele, unwandelbare und unverbrüchliche Treue der kameradschaftlichen Organisation, die uns führen soll und der wir dienen wollen.“

Das klang denn doch sieggewaltiger als die armseligen Sprüchlein der Mannen, die da glauben, die Junggärtner von der freige-werkschaftlichen Bewegung fernhalten zu können.

„Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht trotz alledem!“

Folgerungen aus der wirtschaftlichen Lage.

Wie wir schon in voriger Nummer anzeigten, fand am 16. und 17. Juli in Erfurt eine Tagung der „Fachabteilung für Gartenbau bei der Preuß. Hauptlandwirtschaftskammer“ statt. Diese Tagung lohnt einen Bericht nicht wegen der Reden der Größen des Gartenbaues, sondern lediglich wegen der Ausführungen der Vertreter des Landwirtschafts-Ministeriums und der Hauptlandwirtschaftskammer.

Von der Ansprache des Vorsitzenden, des Herrn Grobber ist lediglich zu berichten, daß es dasselbe alte Lied von den noch immer zu hohen Steuern, den untragbaren sozialen Lasten und der bedauerlichen Preisgabe des Gartenbaus an das Ausland war.

Interessanter war schon der Vertreter des Preuß. Landwirtschaftsministeriums, der betonte, die Behörden könnten nur aufklären und bei der Umstellung behilflich sein, in der Hauptsache müsse sich jedoch der Gärtner selbst helfen.

Noch deutlicher wurde dann Dr. Ritter von der Hauptlandwirtschaftskammer, der über „Die Folgerungen aus der wirtschaftlichen Lage“ sprach. Er betonte, daß man überall sich zu der Überzeugung durchgerungen habe, daß nur durch eigene Kraft eine Besserung der Lage herbeigeführt werden kann. Der Gartenbau habe eingesehen, daß bei dem jetzigen Zollgesetz und den Handelsverträgen eine wirksame Fernhaltung ausländischer Erzeugnisse nicht erhofft werden kann. Wie weit man in der Zukunft durch Zollmaßnahmen kommt, ist noch völlig unerwiesen.

Am wirksamsten sei sicherlich die Qualitätsbesserung der deutschen Erzeugnisse, um sie in Deutschland zum Absatz zu bringen. Bei wirtschaftspolitischen Fragen muß man die Hauptaufmerksamkeit nicht nur auf die Gartenbauzölle lenken, sondern auch die Industriezölle in Rechnung stellen. Diese schädigten den deutschen Gartenbau schwer, sie erhöhten die Produktionskosten. Der holländische Gärtner hat z. B. für seine Glasfenster weniger zu zahlen als der deutsche Gärtner. Durch hohe Industriezölle wird auch die Kaufkraft der Bevölkerung für gartenbauliche Erzeugnisse stark vermindert. Wenn der Verbraucher stark belastet ist, spart er zunächst dort, wo es am wenigsten drückend ist. Er verzichtet lieber auf Blumen als auf unbedingt lebensnotwendige Artikel.

Die Industriezölle führen aber auch zu einer Verteuerung des Eisenbahntransportes und verhindern damit einen glatten Absatz der deutschen Erzeugnisse im Inlande. Bei der neuen Regelung der Zölle müsse der Gartenbau auf diese Frage seine besondere Aufmerksamkeit lenken.

Also man beginnt allmählich einzusehen, daß das Experiment mit dem „lückenlosen Zolltarif“ ein völlig mißglicktes ist, das besonders der Gärtnerei nur Nachteile bringt. Leider kommt diese Erkenntnis unsern Gartenbauern wie so manche andere zu spät. Und so bleibt's beim Jammern.

Preissteigerung gärtnerischer Erzeugnisse.

Unsere Unternehmer versuchen sowohl in ihren öffentlichen Kundgebungen als auch bei Lohnverhandlungen zu beweisen, daß ihre Preise gegenüber der Vorkriegszeit die gleichen geblieben, dagegen ihre Ausgaben für Löhne, Heizung, Werkzeuge usw. ganz

erheblich gestiegen seien. Oft schon konnten wir ihnen das Gegenteil beweisen, doch kann das nicht eindringlich und oft genug geschehen. Durch einen glücklichen Umstand erhielten wir die Mindestpreisliste des Landesverbandes „Nordwest“ des Reichsverbandes der Gartenbaubetriebe (Ostfriesland, Oldenburg, Unterweser, Bremen, Verden) für das Frühjahr 1925 mit einem Vergleich der Preise im Jahre 1914. Wegen der Wichtigkeit dieses Materials lassen wir einen Auszug dieser Preisliste folgen.

Überwinterte Blumenpflanzen für die Frühjahrsbestellung, Stauden, trockene Knollen und Zwiebeln:

	1914	1925
Stiefmütterchen	0,05	0,10 M.
Vergißmeinnicht, Silenen, Bellis	0,05	0,15 "
Gartenprimeln	0,10	0,20 "
Buxbaum für Einfassung, 1 Meter	0,40	0,80 "
Erdbeerpflanzen, verpflanzt	3,—	6,— "

Gemüsepflanzen, überwinterte:

	100 Stück	
Blumenkohl, mit Topfballen	5,—	15,— M.
Aus Töpfen mit Erdballen,*)		
Tomaten, Gurken, Kürbis	15,—	30,— M.

Sommerblumen-Pflanzen:

	100 Stück	
Begonia semperflorens, Petunien mit kleinen Ballen und ähnl.	12,—	30,— M.

Fertige Pflanzen für Balkon, Beete, aus größeren Töpfen:)

	10 Stück	
Fuchsien, Margueriten, Salven, Knollenbegonien	4,—	12,— M.
Lobelien	1,50	5,— "
Ageratum, Petunien	3,50	7,— "
Pelargonien aller Art, Heliotrop	5,—	12,50 "
Begonia semperflorens, Gnaphalium	3,50	7,50 "

Fertige Topfpflanzen:

	1 Stück	
Cinerarien, Calceolarien und Goldlack	0,50	1,50 M.
Primula obconica	0,30	1,25 "
Fuchsien, Petunien, Margueriten, Salven	0,60	1,50 "
Hortensien, eintriebige	0,50	2,— "
Topfrosen	1,25	3,— "
Asparagus, Blattbegonien aller Art und ähnliche grüne Sachen in zweijährigen Pflanzen	0,50	2,— "
Aspidistra p. Blatt	0,25	0,60 "
Dracaenen	0,75	2,— "
Tradescantien	0,30	1,25 "

Die Preissteigerungen betragen mindestens 100 Proz., gehen aber wie bei Primula obconica und Tradescantien bis über 300 Proz. Man kann nicht behaupten, daß die Gartenbauern gegenüber anderen Unternehmern als bescheiden zu bezeichnen sind. Bemerkenswert ist, daß diese Preise nicht für Waren bester Qualität gelten, sondern minderwertige Ware soll zu diesem, bessere Ware zu höherem Preis verkauft werden.

Unsere Mitglieder müssen bemüht sein und bleiben, aus möglichst vielen Bezirken und Betrieben solches Material zu sammeln. Es kann damit unserer Sache oft außerordentlich gedient werden.

Neue Preissteigerung durch Zölle.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen, nachdem er manche wichtige Entscheidung bis nach diesen verschoben hatte. Eines hat seine Mehrheit aber rasch noch vorgenommen, nämlich eine weitere Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Das Zollgesetz der Regierung Luther im vorigen Jahre mit seinen hohen autonomen oder „Verhandlungs“zöllen sah eine Reihe ermäßigter Zollsätze vor, die bis zum 1. August d. J. Geltung haben. Die Gewerkschaften hatten bekanntlich die Verlängerung dieser Geltungsdauer beantragt, aber die glatte Ablehnung ihrer Anträge durch den Reichstag erfahren. Auf dem Wege von Kompromißverhandlungen sind sogenannte „Übergangszölle“ beschlossen, die bis zum 31. Dezember d. J. gelten.

Ab 1. Januar 1927 werden dann den Ländern gegenüber, die mit Deutschland in einem Handelsvertragsverhältnis mit der sog. Meistbegünstigungsklausel stehen, die noch höheren Sätze des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die diese Regierung den Agrariern zugestanden hat, gelten. Den Staaten gegenüber, mit denen Deutschland in keinem Vertragsverhältnis steht, im wesent-

*) Wenn weniger als 100 Stück verlangt werden, ist Preiszuschlag zu nehmen.

**) Wenn einzelne Pflanzen verlangt werden, ist Preiszuschlag zu nehmen. Derselben Pflanzen aus Stecklingstöpfen kosten die Hälfte.

Minderwertigere Ware darf nicht billiger verkauft werden. Für besonders gute Pflanzen müssen höhere Preise berechnet werden. — Für Wiederverkäufer 33 $\frac{1}{3}$ Proz. Rabatt.

lichen Frankreich und Polen, kommen die autonomen, noch höheren Zölle in Anwendung. Nachstehende Gegenüberstellung zeigt am deutlichsten die enorme Zoll- und Preiserhöhung wichtigster Lebensmittel:

	bisheriger Satz	ab 1. August	laut Vertrag mit Schweden
Roggen	3,— M.	5,— M.	6,— M.
Weizen	3,50 „	5,— „	6,50 „
Futtergerste	1,— „	2,— „	5,— „
Mais	2,50 „	3,20 „	5,— „
Schweinefleisch	21,— „	21,— „	32,— „
Schweinespeck	14,— „	14,— „	20,— „
Schmalz	6,— „	6,— „	10,— „

Diese Zahlen geben noch kein richtiges und vollständiges Bild der Verteuerung, denn erfahrungsgemäß folgt eine Preissteigerung der anderen. So betont ganz richtig die Handelskammer Hamburg daß „der Mangel an Futtergerste, der unweigerlich bei einem erhöhten Zollsatz eintreten wird, unmittelbar zu einer ganz wesentlichen Steigerung der Kartoffelpreise und damit zur Verteuerung eines Hauptnahrungsmittels führt, die insbesondere die unbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark belasten wird. Die Steigerung der Kartoffelpreise wird aber wiederum eine erhebliche Erhöhung der Fleischpreise nach sich ziehen und damit den Anstoß zu einer neuen allgemeinen Teuerungswelle geben.“

Und dieser enormen Verteuerung wichtigster Lebensmittel haben auch die den christlichen Gewerkschaften angehörnden Abgeordneten zugestimmt, obwohl sie vorher mit den freien Gewerkschaften gemeinsam die Verlängerung der ermäßigten Zollsätze beantragt hatten. Bessere Einsicht und Parteidisziplin lassen sich für Zentrumsabgeordnete selten vereinen, die letztere wird stets den Sieg davontragen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Wege und Aufgaben.

Deutschland steht vor der Gefahr, daß die überaus ernste Arbeitslosigkeit zu einer chronischen wird. Trotzdem die Sommermonate sonst regelmäßig eine beträchtliche Besserung des Arbeitsmarktes bringen, sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von etwas über zwei Millionen im Februar bis März nur auf etwa 1,7 Millionen. In den letzten Wochen steigt die Zahl der Unterstützten erneut. Es zeigt sich in den typischen Industrien und Industriebezirken, daß die Stilllegungen und Betriebseinschränkungen noch nicht abgeschlossen sind. Es besteht die dringende Gefahr, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, so daß im Winter sicher weit über zwei Millionen erwerbslose Unterstützung beziehen müssen, ungerechnet die zahlreichen Erwerbslosen, die als angeblich „nicht bedürftig“ von der Unterstützung ausgeschlossen sind.

Diese vor allem aus dem allgemeinen Nachlassen der Kaufkraft, der besonderen Störung der europäischen Ostmärkte und nicht zuletzt durch die Verdrängung von früheren Absatzmärkten infolge der fortschreitenden Industrialisierung ehemaliger Kolonialgebiete entstandenen Krise der europäischen Industrievölker wird verschärft:

1. Durch das gegen früher stärkere Hineindrängen von Volksteilen als Arbeitnehmer in die Produktion (Deutschland hatte 1924 rund 19 Millionen Krankenversicherungspflichtige gegen etwa 16½ Millionen im Jahre 1913). Eine gleiche Erscheinung ist auch in anderen Ländern, vor allem England, zu beobachten.

2. Durch die schnell steigende organisatorische und technische Rationalisierung der Produktion. Die Wirkungen des langen Krieges revolutionierten die Produktion, rissen Kolonialländer aus der Beharrung und beschleunigten in den Industrieländern die Technisierung und betriebsorganisatorische Verbesserungen. Dieser Prozeß wird sich mit einer der Entwicklung innewohnenden Gesetzmäßigkeit immer mehr steigern und alle Industrieländer erfassen.

Deutschland steht seit der Stabilisierung in dieser überaus bedeutsamen technischen, betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Entwicklung der Produktion, die sich zunächst aus Kapitalmangel langsam anbahnte, neuerdings aber ein sich schnell steigendes Tempo zeigt. Damit gerät unsere Produktionskapazität in ein steigendes Mißverhältnis zur Summe der sich anbietenden Arbeitskräfte, weil der durch die geringe Kaufkraft begrenzte Konsum der Massen hinter dem Leistungsgrade unserer Produktion zurückbleibt. Dadurch verschärft sich die Arbeitsmarktkrise. Immer größere Massen werden allein schon als Folgeerscheinung der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Während die typischen Erscheinungen der Wirtschaftskrise (Konkurse, Wechselproteste, Zinsrate, Kapitalversteufung usw.) immer mehr zurücktreten, droht der starke Überfluß an Arbeitskraft, wie auch in anderen Wirtschaften, insbesondere in der englischen Wirtschaft auch in Deutschland zu einer Dauererscheinung zu werden.

Dieser Zustand zwingt zu durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Bleiben solche aus, so muß die Krise zur Dauerkrise stärksten Ausmaßes werden und zu großen staatspolitischen Störungen führen. Ohne Hebung der Kaufkraft, also des

Verhältnisses zwischen Lohn und Warenpreis und dadurch steigenden Konsums ist das Problem nicht zu lösen. Heute hindert noch die kurzfristige und egoistische Einstellung der Produzenten und Händler, begünstigt durch Kartelle und Preiskonventionen, daß sich die verbilligenden Produktionsmaßnahmen in sinkende Warenpreise umsetzen. Ohne auf weite Sicht gerichtete planvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft und Hebung des Konsums ist eine Belebung des Arbeitsmarktes unmöglich. Dazu gehört in erster Linie eine planmäßig auf angemessene Erhöhung der Löhne gerichtete Lohnpolitik, Verzicht auf Zölle und weitere Mietsteigerung, Senkung der Warenpreise durch Rationalisierung, verbunden mit weitgehender Beschränkung der Profitrate.

Aber Hauptaufgabe ist, sofort die akute Not der mehr als zwei Millionen Erwerbslosen zu überwinden. In erster Linie durch Arbeitsbeschaffung. Die von den Gewerkschaften stets erhobene Forderung: wertschöpfende öffentliche Arbeiten, die meist ohnehin dringend nötig sind und in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen, in die arbeitsarme Zeit vorzulegen, den Wohnungsbau zu verstärken, Ödlandkultur und Bodenverbesserung größeren Stils zu betreiben usw. ist vom Reichstag anerkannt. Aber das aufgestellte Programm muß schnellstens durchgeführt werden.

Da diese Maßnahmen, auch wenn schnell und in vollem Maße durchgeführt, allein nicht genügen und immer noch viele Hunderttausende, sicher sogar die weitaus größere Zahl der Erwerbslosen, ohne Arbeit lassen, muß das System der geldlichen Unterstützung verbessert und ausgebaut werden. Die heutige Unterstützung ist in vielen Fällen zu gering, um eine langfristige Erwerbslosigkeit zu überbrücken. Es ist unerträglich, Millionen von Volksgenossen dauernd an der absolut tiefsten Grenze der Existenzfristung zu halten. Es muß daher ein genügendes Existenzminimum gewährleistet sein. Der Einwand der Arbeitgeber, die Unterstützung erreiche oder überschneide gelegentlich den Lohn, kann und darf nicht zu einer Verletzung der sozialpolitischen Pflichten führen. Es ist nicht anständig, die für den dringenden Unterhalt eines Erwerbslosen nötige Unterstützung an den Elendslöhnen gewisser Industrien zu messen. Der Einwand, daß eine genügend hohe Unterstützung den Arbeitswillen ertöte, kann ernstlich, angesichts der Tatsache, daß alle Arbeitsnachweise voll von ernstlich Arbeit Suchenden sind und kein offener Arbeitsplatz unbesetzt blieb (wenn nicht geradezu Hungerlöhne geboten oder Tarifbruch zugemutet wurden), nicht erhoben werden.

Die Beschaffung der Mittel für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge (heute samt Verwaltung, öffentliche Arbeitsnachweise und Krankenversicherung der Erwerbslosen rund 110 Millionen Mark monatlich), ist sicherlich eine ernste Belastung der Gesamtwirtschaft. Aber sie ist selbst bei einer durch Verbesserung der Unterstützung entstehenden Steigerung nicht unerträglich. Für die Aufgabe, mehr als zwei (mit den Familien mehr als vier) Millionen ihrer Mitglieder, die ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, nicht nutzen können, die um der Reorganisation dieser Wirtschaft willen subsistenzlos sind, zu erhalten und vor dem Versinken zu bewahren, muß die Gesellschaft die nötigen Opfer bringen. Uebersteigen die notwendigen Kosten die verfügbaren Mittel, so müssen an anderer Stelle Ersparnisse gemacht oder es müssen weitere Finanzquellen geöffnet werden.

Sonderfürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose.

Die lange Dauer und der zunehmende Umfang der jetzigen Arbeitslosigkeit läßt die Lösung des Problems der ausgesteuerten Erwerbslosen, die Frage nach deren weiteren Schicksal immer dringlicher werden. Am 15. Juni waren bereits 856 131 Erwerbslose mit einer Unterstützungsdauer von mehr als 13 Wochen davon 276 470 mit mehr als 26 Wochen vorhanden. Es gehört nicht viel Mathematik dazu, um die Zahl derer zu errechnen, die bei Beharren des jetzigen Zustandes am Ende des Jahres aus der Erwerbslosenfürsorge auszuscheiden haben. Auf das stete Drängen der Gewerkschaften beschäftigte man sich in der Reichsarbeitsverwaltung deshalb vor kurzem mit der Vorlage einer Sonderfürsorge für die Ausgesteuerten. Man will den Kommunen, in denen 5 Proz. der Bevölkerung arbeitslos und 5 vom Tausend der unterstützten Erwerbslosen ausgesteuert sind, vom Reich 50 Proz. der Aufwendungen aus dem Wohlfahrtsetat für die Ausgesteuerten vergüten. Die Gewerkschaften können sich für die Vorlage nicht erwärmen. Sie forderten deshalb an Stelle der Sonderfürsorge Verlängerung der Unterstützungsdauer der Erwerbslosen. Gegen diesen Vorschlag machte das Reichsarbeitsministerium geltend, daß der Reichstag jetzt nicht beisammen und infolgedessen die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften mit Schwierigkeiten verbunden sei. Daraufhin stellten die Gewerkschaften den Antrag, daß die Reichshilfe von 50 Proz. zu dem Wohlfahrtsetat der Gemeinden nicht unter den von der Vorlage gestellten Bedingungen sondern allen Kommunen, die Ausgesteuerte haben, gegeben werde. Dieser Antrag wurde angenommen.

Da die Zahl der Ausgesteuerten bis zum Winter wachsen wird, wächst auch der finanzielle Druck im Wohlfahrtsetat der Gemeinden, daran ändert die Beihilfe von 50 Proz. nicht viel. Es über-rascht nicht, wenn die Gemeinden von einer Festlegung der

Sätze für die Ausgesteuerten nichts wissen wollen. Bisher gab es für die Unterstützung aus der Wohlfahrtspflege nur allgemeine Richtsätze. Die Gemeinden wollen keine Bindung; ihr dahingehender Antrag wurde auch angenommen.

Diese Sonderfürsorge auf dem Umwege über die Wohlfahrtspflege der Gemeinden ist nur ein Notbehelf. Die Sorge für die Erwerbslosen ist Sache des Reiches und als dessen Sachwalters des Reichsarbeitsministers, dem weitgehende Rechte eingeräumt sind. Da die bisherige Regelung sich als ungenügend erwiesen hat, ist es hohe Zeit, daß der Reichsarbeitsminister von dem Recht, die Unterstützungsdauer noch weiter zu verlängern, Gebrauch macht.

Erweiterter Kündigungsschutz für ältere Angestellte.

Die Bestrebungen, besonders den älteren Angestellten einen höheren Schutz gegen die Arbeitslosigkeit zu verschaffen, haben einen Erfolg zu verzeichnen. Ein Gesetz gibt einen erweiterten Kündigungsschutz solchen Angestellten, deren Arbeitgeber in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Lehrlinge beschäftigen und die bei diesem Arbeitgeber mindestens fünf Jahre nach Vollendung des 25. Lebensjahres tätig waren. In diesem Falle gilt eine Kündigungsfrist für den Arbeitgeber von mindestens drei Monaten für den Schluß eines Kalendervierteljahres. Bei einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren nach dem vollendeten 25. Lebensjahr beträgt die Kündigungsfrist des Arbeitgebers vier Monate, bei einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren nach dem vollendeten 25. Lebensjahr fünf Monate und bei einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren nach dem vollendeten 25. Lebensjahre sechs Monate zum Quartalschluß. Diese Bestimmungen gelten rückwirkend auch für die Kündigungen, die zwischen dem 15. Mai d. J. und dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen wurden.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

der Regierung ist endlich einige kleine Schritte weiter gekommen. Die Wasserstraßenabteilung des Reichsverkehrsministeriums hat die Anweisungen zur verstärkten Durchführung der bereits begonnenen Kanalbauten herausgegeben. Für diese Zwecke sollen insgesamt 13½ Millionen Mark mehr zur Verfügung gestellt werden als im Haushalt vorgesehen war. Ebenso sind die Verhandlungen über die Reichsbahnaufträge zum Abschluß gekommen. Es werden Aufträge über insgesamt 120 Millionen Mark vergeben, nachdem die Reichsbahnverwaltung zu dem vom Reiche zur Verfügung gestellten Betrag von 100 Millionen Mark noch 20 Millionen Mark aus eigenen Mitteln zur Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn aufwenden will.

Endlich haben sich die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens inzwischen auch über die Art geeinigt, wie der verstärkte Bau von Landarbeiterwohnungen, der bekanntlich auch einen Teil des Projektes für die Arbeitsbeschaffung bildet, ausgeführt werden soll. Das Reich stellt für diesen Zweck im laufenden Rechnungsjahr einen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung; auch die Aufbringung des Landesanteils ist als gesichert anzusehen. Beabsichtigt ist der Bau von 25 000 Landarbeiterwohnungen, von denen nach Möglichkeit 10 000 noch in diesem Haushaltsjahre erstellt werden sollen. Durch diese Beschaffung von Wohnungen, die für deutsche Landarbeiter geeignet sind, sollen zunächst vor allem die ausländischen Arbeiter entbehrlich gemacht werden, die auch im Winter in den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben.

„Nationale sachliche“ Verdrehungen.

Nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses des Reichstags in Sachen Behrens-Meyer und nach dem vernichtenden Urteil des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ zu dieser Angelegenheit, das sagte: „es erscheint uns als Pflicht der Leitung des Zentralverbandes der Landarbeiter, auch das Ihrige zu tun, um dieses notwendige restlose Vertrauen zu erhalten, und wo es geschwunden ist — was leider schon sehr weitgehend der Fall — wiederherzustellen“, war es auch in der „Deutschen Gärtner-Zeitung“ so still geworden, wie sich das gehörte. Man war fast versucht anzunehmen, daß die Moralpredigt des Zentralblattes seine Wirkung nicht verfehlt hatte. Doch die neueste Nummer der D. G. Z. bringt uns den Beweis, daß wir zu gut von ihr gedacht haben.

Seit ihr Schriftleiter nach dem Rezept Conc's jeden Morgen 36mal vor sich her betet: ich fühle mich mit jedem Tage besser und besser, ist ihm wohl ein Teil der früheren Dreistigkeit wiedergekommen. So wirft er sich in die Toga des Ehrenmannes und erklärt, nur um Fehler und Verschulden anderer Bewegungen „sachlich“ ans Licht zu rücken, sehe er sich veranlaßt, die Dinge zu verdrehen und zu entstellen. Und dann folgt eine Reihe Zitate zum Beweise dessen, daß wir vom V. d. G. u. G. keine freien Gewerkschaftler, sondern „Sozialdemokraten“ seien.

Dabei besagen gerade diese Zitate, daß wir uns als freie Gewerkschafter selbstverständlich zum Sozialismus bekennen, deswegen aber unser Verband, und darauf kommt es an, noch

lange keine sozialdemokratische Organisation ist, wie es die Christen, ihrer jämmerlichen Agitationsmethode und ihrem gelben Charakter entsprechend, hinzustellen sich bemühen. Wir sind stolz darauf, der freien, sozialistisch denkenden und fühlenden Gewerkschaftsbewegung anzugehören, die unabhängig von jeder Partei, kirchlichen und Arbeitgeber-Verbänden ihre eigenen Wege geht und ihre eigenen Kämpfe führt.

Das können die christlichen Gewerkschaften nur sehr bedingt von sich sagen und der „Deutsche Gärtner-Verband“ als Gruppe des deutschen nationalen Landarbeiterverbandes ganz und gar nicht. Denn ihnen ist es nachgewiesen, daß sie Arbeitergeiler nicht nur einmal, sondern dauernd nicht nur erhalten, sondern gefordert haben. Deshalb lehnen wir es ab, mit solchen „Christen“ uns über gewerkschaftliche Neutralität und Arbeiter-ehre auseinanderzusetzen. Nur einige Fragen: Worin besteht denn eigentlich die gewerkschaftliche Arbeit der Gärtnerchristen der letzten Jahre? Wo sind sie denn schon mal bemüht gewesen, in den verschiedensten Berufs- und Gewerkschaftsfragen aktiv sich zu betätigen? Wo sind ihre erkennbaren Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, in den Erwerbslosenfragen, zur Abwehr der Bestrebungen unserer Arbeitgeber in den Rechtsfragen usw.? Von solcher wirklichen gewerkschaftlichen Arbeit, ja selbst nur dem leisesten Willen zu solcher haben wir noch nichts bemerken können. Bisher hat der D. G. V. lediglich der Zersplitterung der Kräfte der Arbeitnehmer und damit den Arbeitgebern gedient. Es ist daher auch kein Wunder, wenn gewisse Kreise zur Unterbringung von Stahlhelmläuten oder bei Bezug von Streikbrechern sich vertrauensvoll der Telefonnummer Norden 9115 bedienen.

Arbeitskämpfe und Tarife

Hannover. Durch Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung vom 7. Juli 1926 ist der Rahmen- und der Lohntarifvertrag für die Landschafts- und Privatgärtnerereien in der Stadt Hannover mit eingemeindeten Vororten, ferner in den Orten: Ahlem, Andernten, Bemerode, Brink, Devese, Empelde, Grasdorf, Herrenhausen (Schloß- und Gartenbezirk), Laatzen, Langenforth, Langenhagen, Kananohe, Leinhausen, Marienwerder und Misburg für allgemein verbindlich erklärt worden.

Zur Privatgärtnererei gehören: Villen-, Schloß-, Anstalts-, Fabrik-, Werks- und Hotelgärtnerereien, soweit für diese als Nebenbetriebe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht durch andere Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden geregelt sind.

Der Tarifvertrag regelt Lohn, Arbeitszeit, Urlaub u. a. für Obergärtner, Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen in sämtlichen Landschafts- und Privatgärtnerereien der genannten Orte.

Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 9. Juni 1926.

Staats- und Gemeindegärtnererei

Preußen. Die preußischen Verwaltungsarbeiter, als solche gelten auch die Kollegen des Tiergartens in Berlin usw., erhalten in Auswirkung eines Schiedsspruchs und Urteils in Sachen der Eisenbahner eine Lohnzulage, jedoch nur die Handwerker, Arbeiter, gelernte und angelernte Arbeiterinnen über 24 Jahre. Für Arbeiter erhöht sich der Grundlohn um 2 Pfg., für Handwerker um 1 Pfg. je Stunde, zu dem dann die Ortslohnzulage hinzukommt. Dieselbe Lohnzulage erhalten die gleichen Lohngruppen der Betriebe der Kronungsverwaltung, also die Staatsgärten in Berlin, Potsdam, Wilhelmshöhe, Homburg v. d. H., Brühl und Celle. — Eine Zulage in gleicher Höhe erhalten auch die Kollegen der preußischen botanischen Gärten, die nach dem Klinikenlohn tarif entlohnt werden.

Über die neuen Löhne haben die Vertrauensleute der Betriebe bereits eingehende Mitteilung durch uns erhalten.

Die Ortslohnzulagen für die Orte, die hier in Frage kommen, betragen: Altona 42, Berlin 40, Bonn 10, Breslau 10, Celle 3, Frankfurt a. M. 15, Halle a. S. 6, Hannover 10, Homburg v. d. H. 8, Kiel 10, Köln 20, Königsberg i. Pr. 5, Potsdam 20, Wilhelmshöhe 5 Prozent.

Braunschweig. Im Anschluß an die Neuregelung der Lohnsätze für die Reichsarbeiter und die preußischen Verwaltungsarbeiter haben auch unsere Kollegen der Landesbaumschule in Braunschweig eine Lohnzulage nebst Nachzahlung erhalten. Die Beschäftigten der Landesbaumschule unterstehen dem Tarifvertrag der braunschweigischen Verwaltungsarbeiter, an dem unser Verband als Tarifkontrahent beteiligt ist. — Die Lohnzulage beträgt mit Wirkung ab 27. Juni 1926 für die männlichen Arbeiter über 24 Jahre alt in der Lohngruppe I (Handwerker) und für die Arbeiterinnen in den Lohngruppen IV und V (gelernte und angelernte Arbeiterinnen) 50 Pfennig wöchentlich, in den Lohngruppen II und III (angelernte und ungelernete Arbeiter) 1 M. wöchentlich. Für die Zeit vom 3. Januar bis zum 27. Juni 1926 gibt es eine Lohnnachzahlung von 13 M. für die männlichen Handwerker und die weiblichen Gelernten und Angelernten. Die männlichen Angelernten und Ungelernten erhalten eine Nachzahlung von 26 Mark.

Die ungelerten Arbeiterinnen sind bei dieser Regelung leider leer ausgegangen. Auch das braunschweigische Staatsministerium stellte sich auf den für uns unverständlichen Standpunkt des Reichsfinanzministers, nämlich nur das zu gewähren, was der Schiedsspruch den Eisenbahnern zugebilligt hat. W. A.

Berichte

Gegen den Stachel des Gartenbauernturns.

Der „Verband selbständiger Landschaftsgärtner und Gartenarchitekten in Köln“ beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 1. Juli, der „Kölner Innung“ beizutreten. Auch dieser Beschluß läßt erkennen, wie die Beziehungen zu den technischen und gewerblichen Berufen immer stärker empfunden werden.

Gärtnerstreik im Vatikan.

In der päpstlichen Residenz herrschte am 19. Juli große Bestürzung, als zum ersten Male in der Geschichte des Papsttums die im Vatikan beschäftigten Gärtner ihre Arbeit niederlegten, um höhere Löhne durchzusetzen. Sie wollten durch den Streik ihre Beschwerden zu Ohren des Papstes Pius XI. bringen. Die päpstliche Hofverwaltung hat, nachdem sie sich von dem Schrecken über diesen einzigartigen Streik erholt hatte, den Streikenden eine Untersuchung der Angelegenheit versprochen, worauf der Streik nach eintägiger Dauer beendet wurde.

Eine Unverschämtheit.

Ein Kollege, arbeitslos im schönen Schlesien, gibt im „Thalacker“ ein Inserat auf, in dem er anzeigt, daß er, ein 35 Jahre alter, in Topfpflanzen, Freilandkulturen, Landschaft und Dekoration erfahrener Fachmann, anderweitige leitende Dauerstellung sucht. Und er erhält darauf von einem Gemüsekrauter F. Schecht in Beelitz (Mark) die Kartennachricht: Sie können zum 15. d. M. bei mir eintreten. Taschengeld 20 M. pro Monat. Also dafür soll ein Gärtner in jungen Jahren die halbe Welt bereisen, sein Fachwissen zu bereichern suchen, um dann als erfahrener Fachmann im besten Mannesalter mit Frau und Kind für ein „Taschengeld“ von 20 M. pro Monat seine Erfahrungen und seine Arbeitskraft so einem Krauter zur Verfügung zu stellen? Doch wir glauben, daß dieser Mensch, für den uns ein parlamentarischer Ausdruck fehlt, selbst in Schlesien vergeblich derartige Dumme sucht.

Rundschau

Änderungen der Reichsversicherungsordnung.

Mit dem 1. Juli sind wiederum einige Änderungen bei der Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung eingetreten. Sie betreffen in der Hauptsache die Kinder- und Waisenrenten, teilweise auch die Hinterbliebenenrenten aus der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung. Auch einige Bestimmungen über Rentenabfindungen sind erlassen. Der erforderlichen Klarheit dienen solche dauernden Änderungen nicht, selbst wenn die Regelung der verschiedenen Rentenansprüche sich notwendig macht. Man sollte endlich an eine bessere organische Zusammenfassung und Ausgestaltung der sozialen Versicherungsgesetze herangehen.

Kann ein Kurzarbeiter Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erheben, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt?

Es bestehen oft Zweifel darüber, ob ein Kurzarbeiter, dessen Lohn durch die Kurzarbeit sehr stark gekürzt ist, Erwerbslosenunterstützung zu beanspruchen hat, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt. Bekanntlich ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Bezug der Unterstützung, daß eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt. Wenn ein Arbeiter wöchentlich um 3, 4 oder gar 5 Tage verkürzt arbeitet, so steht er natürlich nach wie vor in einem Arbeitsverhältnis. Die Aufgabe dieses Arbeitsverhältnisses würde eine freiwillige Arbeitslosigkeit bedeuten. Sehr oft entscheiden daher die Arbeitsämter, wenn Kurzarbeiter ihre Arbeit aufgeben, daß, weil eine freiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt, Erwerbslosenunterstützung nicht eintreten kann. Diese Entscheidung ist falsch. Mit Recht verweist Herr Ministerialdirigent Dr. Weigert in seinem Kommentar zur Kurzarbeiterfürsorge auf die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu dieser Frage. Er schreibt:

„Ferner hat das Reichsarbeitsministerium immer auf den Standpunkt gestanden, daß es keinem Arbeitnehmer auf längere Zeit hin zugezogen werden kann, stark verkürzte Arbeit anzunehmen, wenn sie ihm weniger Verdienst bringt, als er als Arbeitsloser an Unterstützung beziehen würde. Gibt er einen solchen Arbeitsplatz auf, weil keine Aussicht besteht, daß diese Verhältnisse sich bessern, so kann ihm die Erwerbslosenunterstützung nicht deshalb verweigert werden, weil er freiwillig arbeitslos geworden ist.“

In gleichem Sinne hat das Reichsarbeitsministerium auch gelegentliche Anfragen beantwortet.

Bekanntmachungen

Weimar. Am Sonnabend, den 14. August feiert die Ortsverwaltung Weimar ihr 25jähriges Stiftungsfest. Wir werden diesem Jubiläumstiftungsfest einen besonders festlichen Rahmen geben. An Veranstaltungen sind vorgesehen: Feste (Kollege Busch, Berlin), Konzert, Blumenverlosung und Festball, in den Pausen humoristische Einlagen. Alle Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus der näheren Umgebung, laden wir freundlichst zur Teilnahme ein. Die Ortsverwaltung. Sayfahrt.

Sterbetafel

Am 13. Juli 1926 starb unser Mitglied **Hermann Teichert** vom Südfriedhof im Alter von 37 Jahren an Wurstvergiftung. Teichert war lange Jahre als Vertrauensmann in unserer Verwaltung tätig, seinen tragischen Tod empfinden wir deshalb um so schwerer. Bei der Rückkehr von der Dresdener Ausstellung holte ihn seine Frau vom Bahnhof ab und brachte ein mit Wurst belegtes Brot mit. Dessen Genuß brachte beiden Eheleuten schwere Vergiftung, an deren Folgen unser Kollege verstarb. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Ortsverwaltung Leipzig.

Bücherschau

Planmäßige Bildungsarbeit. In dem soeben erschienenen Juliheft der „Arbeiterbildung“, die als Beilage zur „Bücherwarte“ herausgegeben wird, macht Richard Weimann wichtige Vorschläge für den Aufbau der proletarischen Bildungsarbeit, der weit über den engen Kreis der Bildungsfunktionäre von Interesse sein dürfte. Gerade die Zersplitterung und geringe Einheitlichkeit der Arbeiterbildungsbewegung ist es, die viel gutgemeinte Versuche auf diesem Gebiete zum Scheitern verurteilt. Hier Wandel zu schaffen, ist Aufgabe eines jeden, der die mächtig aufblühende Arbeiterkulturbewegung in richtige Bahnen lenken will. Der Artikel des Kollegen Weimann gibt hierzu die richtigen Fingerzeige.

Neben diesem Artikel enthält die neueste Nummer der „Arbeiterbildung“ eine Vortragsdisposition zur diesjährigen Verfassungsfeier, die vom Abgeordn. Dr. Alwin Saenger verfaßt ist. In einer Abhandlung von Alfred Kleinberg „Handbücher über schöne Literatur“ ist eine Zusammenstellung großer und kleiner Nachschlagewerke enthalten, die über die erzählende Literatur unterrichten. Dieser Aufsatz dürfte namentlich allen Leitern von Arbeiter- und Volksbibliotheken willkommen sein.

Im Juliheft der „Bücherwarte“ interessiert vor allem ein längerer Aufsatz von Prof. Heinrich Cunow über „Wirtschaftsgeschichte“, in dem der derzeitige Stand der Forschungen auf diesem Gebiete geschildert und die wichtigste ältere und neuere Literatur genannt wird. Daneben enthält das Heft zahlreiche Besprechungen aus folgenden Gebieten: Agrarpolitik, Erzählende Literatur, Länder- und Völkerkunde, Literaturgeschichte, Naturkunde, Politik, Rechts- und Staatswissenschaft, Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Die Zeitschriftenschau ist in dieser Nummer dem technischen und psychotechnischen Zeitschriften gewidmet.

Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfg. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zu Verfügung.

Urania-Heft 10 (Sondernummer Wien). Gestützt auf die Mitarbeit bester Wiener Sachkennner gibt die weitverbreitete Bildungszeitschrift „Urania“ eine Sondernummer „Wien“ von bleibendem Werte und in erweiterterem Umfange heraus. Das schmacke Heft, das auf dem Umschlage das Bild des Wiener Rathauses trägt, bringt an der Spitze einen Aufsatz von Dr. Otto Neurath, dem Direktor des Wiener Wirtschaftsministeriums, in dem die großen Leistungen der von einer sozialistischen Mehrheit verwalteten Gemeinde Wien, besonders auf den Gebieten der Fürsorge und des Wohnungsbaus, gewürdigt werden. Universitätsprofessor Dr. Kober, der Direktor des Geologischen Instituts, behandelt in einem bilderreichen Artikel „Die Landschaft um Wien“. Dr. Otto Millionengibt einen historischen Überblick „Von der Römersiedlung zur Millionenstadt“. Ministerialrat Ing. Baravalle steuert bei „Österreichs Bergbahnen“. Dr. Josef Braunstein schildert Österreich als „Land der Hochtouristik“. Die Wissenschaft in Wien wird charakterisiert durch zwei weitere Beiträge „Die Biologie in Wien“ von Dr. Paul Kammerer und „Siegmund Freud“ von Hedwig Schaxel. Aus dem übrigen Inhalt heben wir noch hervor: „Schönbrunn“ von Jalkotzy, „Die Arbeiter-Hochschule“ von Dr. J. L. Stern, „Die proletarische Jugendbewegung“, „Die Naturfreunde-Bewegung, ein internationaler Kulturfaktor“ und „Arbeitssport in Österreich“. Ein Lied, in dem die werktätige Bevölkerung Wiens ihre Zukunftshoffnungen zum Ausdruck bringt, beschließt das inhaltsreiche Heft.

Bericht der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB. Berichtsjahr 1925. Preis für Organisationen 60 Pf. — Die Jugendzentrale hat auch in diesem Jahre ihren Geschäftsbericht gedruckt vorgelegt, der wiederum einen lebhaften Einblick gibt in das umfangreiche Arbeitsgebiet gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Wir erwähnen nur die Kapitel: „Lehrlings-, Berufs-, Gesetzesfragen“, „Berufsschulfragen“, „Erwerbslosigkeit der Jugend“, „Jugendwohlfahrt“, „Jugend-Bildung“, „Mädchenschulung“ u. a. Dem Bericht dürfte manche Anregung zu praktischer Arbeit im Interesse gewerkschaftlicher Jugendarbeit zu entnehmen sein, und er ist daher bestens zu empfehlen. In bester und lebhafter Ausstattung, versehen mit Bildbeilagen, kostet das Exemplar für die gewerkschaftliche Organisation nur 50 Pf. Wir wünschen dem Bericht eine gute Verbreitung und in allen Orten der Arbeit Nacheiferung.

Kulturwille, Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. 24 Seiten. Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 2,40 M. Probenummern frei. Verlag Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braunstr. 17. — Die Julinummer enthält eine Reihe tiefer und lebensvoller Beiträge zum Thema: Reisen — Wandern — Schauen. Während Edgar Hahnwald, der Dichter der Reise nach Syll, die Erziehung der Sinne betont, stellt Wolfgang Schumann das Naturerlebnis, das Erlebnis der Fremde in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Wertvolle Anregungen geben die Artikel „Skizzen auf Wanderungen“ und „Photographieren“. Willy Steiger, der Hellerauer Arbeitsschulpienier, zeigt im „Sinn der Schulfahrt“ einen Weg der Lebensschule. Einen breiten Raum nehmen Reiseliteratur und Reisebeschreibungen ein. Den lyrischen Beiträgen von Hermann Hesse, Dehmel, Walt Withmann stehen zwei realistische „Wandern in Spanien“ und „Gesundheitspflege der Kunden“ aus Ostwalds unveröffentlichtem Manuskript „Landstreicherserie“ gegenüber. — Die Nummer ist geschmückt mit Graphik von Otto Pleß: eine Radierung Holsteinsche Landschaft und acht Federzeichnungen. — Neben der sozialistischen Tagespresse sollte jeder kulturell interessierte Arbeiter diese Blätter lesen und für ihre Verbreitung sorgen.

Die Gesundheit im Eigenheim. Im Einfamilienhaus für jede Familie eine Stätte reinen Glückes und Wohlbefindens. Von Prof. Baumgart und E. Abigt. Mit 80 Abbildungen, Hausbeispielen und Grundrißplänen. Neuaufgabe, 20. Tausend. Preis 1,60 M. franko, Nachnahme 1,80 M. vom Heimkulturverlag E. Abigt in Leipzig 80, Postscheck Lg. 1052 und durch Buchhändler zu beziehen. — Wer eine gesunde Wohnung sucht oder bauen will, findet hier in Wort und Bild Belehrung, wie man hygienisch wohnt, zweckmäßig und billig baut und die Wohnräume einrichtet. Baulustige können darnach für Siedlungshäuser ihre Pläne vorbereiten und erwägen. Jeder Familie sei der billige Ratgeber empfohlen.

Mehr Ertrag im Gemüsebau. 3—6 Ernten jährlich statt einer von einem Stück Land. Mit 400 Ausführungsbeispielen, Tabellen, Anweisungen usw.

33 Antworten auf brennende Fragen im Obst- und Gartenbau, die jedem Garten- und Landbesitzer wichtige Neuerungen bekannt machen und vielfältigen Nutzen bringen. Diese zwei Hefte der Gartenauskuft kosten je 1,60 M. franko, Nachnahme 1,90 M., zusammen 3 M., Nachnahme 3,30 M. im Heimkulturverlag E. Abigt, Leipzig 80, Postscheck Leipzig 1052. — Hier ist das Geheimnis vieler Erfolge im Garten und Feld erklärt und die wirtschaftliche Ausnutzung selbst kleinster Flächen zur Erzielung eines steigenden Ertrages und höherer Einnahmen gezeigt. Wer dem Fortschritt zugänglich ist, wird sehr viel neues daraus zu seinem Vorteil lernen können.

Lest das „Gärtnerei-Fachblatt“, es ist ein unentbehrliches Fortbildungsmittel für jeden Weiterstrebenden.

Kleiderdesinfektion im Hause. Bei der Kleiderdesinfektion im Dampfsterilisationsapparat leiden dieselben durch den strömenden Wasserdampf. Viele Stoffe verülzen und alle undekatierten Stoffe laufen stark ein. Auch Flecken, die vorher durch chemische Mittel entfernt wurden, kommen nach der Dampfbehandlung meist wieder zum Vorschein. Wir sind nun für eine Kleiderdesinfektion nicht lediglich auf die umständliche Dampfdesinfektion angewiesen, sondern jeder kann sich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt, Kleider im Hause selbst desinfizieren, und zwar mit Auton, welches ohne Inanspruchnahme von Apparaten und ohne Feuergefahr durch einfachen Wasserzusatz in Wirkung tritt, ohne die Kleidungsstücke zu beschädigen.



„BUTTERS“
Qualitätswerkzeuge
sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Geräthehandlungen nur Werkzeuge der Firma
Oskar Butter Gartenwerkzeugfabrik
BAUTZEN
wo nicht erhältlich, ab Fabrik Preislisten zu Diensten



Schattenleinen
billig!
Gebr. Koch
Quecklinburg

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926
Jubiläums-GARTENBAU-Ausstellung
23. APRIL BIS ANFANG OKTOBER 1926
Dauerausstellung:
Pflanzen-Erzeugung Wissenschaft
Pflanzen-Verwend. Industr.u.Technik
Nächste Sonderschau
vom 7.—10. August 1926
Sommerblumen,
Stauden, Kakteen und
Sukkulente // Topf-
und Gruppen-Pflanzen.
Aquarien Terrarien
3.9.—6.9.: Herbstblumenschau
7.10.—10.10.: Obst-, Gemüse- und
Chrysanthemumschau

Schatten-Decken
aus Kokos, Marke „Elefant“
liefert die rühmlichst bekannte Firma
Paul Dosselt, Reichenau, Sachsen
Telegramme: Kokososselt. Angebot und Muster frei. Prämiert mit Goldenen Medaillen

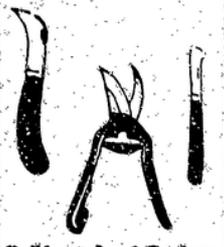
Ruß
Klein's Tabake



Teschings
15 cm lang. 2,75
Revolver, Kal. 3,20. 7,50
Luftgewehre von 4,75 M. an
WAFFEN - PAULY
Berkedorf 45

ANZEIGEN IN DIESER ZEITUNG HABEN UNBEDINGT ERFOLG!

Bei Bestellungen oder Anfragen bei unseren Inserenten bitten wir, stets auf die „Gärtner-Ztg.“ Bezug nehmen zu wollen!

Qualitäts-Garten-Werkzeuge

S. Künde & Sohn
DRESDEN 21
Kipsdorfer Str. 106
Verlangen Sie Spezialliste f. Messer u. Schere.



Stickstoff-Kali-Phosphor
BASF
ist der neue hochwertige
GARTENVOLLDÜNGER
der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, der die drei Hauptnährstoffe: Stickstoff 28%, Kali 14%, Phosphorsäure 14% in einem für das Pflanzenwachstum sehr günstigen Verhältnis enthält. Harstoff-Kali-Phosphor BASF ist besonders geeignet zur Düngung von Gartengewächsen, Gemüsekulturen, Blumen und Rasenflächen. Frühes Reifen, Besonders gute Qualität der Früchte. Schnelles Wachstum, Hohe Ernten.
Anwendung bis in den späten Sommer hinein bringt die besten Erfolge.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Auf Wunsch Nachweis von Bezugsquellen durch
STICKSTOFF-SYNDIKAT
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BERLIN NW 7
Man fordere Originalpackungen